

Das pazifische Jahrhundert 18.11.2011

BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Mit erheblichem Unmut registriert Berlin den Ausschluss von EU-Beobachtern von einem wichtigen asiatisch-amerikanischen Gipfeltreffen. An der Zusammenkunft des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforums (APEC) am letzten Wochenende hätten Vertreter der EU noch als Beobachter teilnehmen dürfen, heißt es in Berichten; beim Ostasiatischen Gipfel an diesem Wochenende sei das nicht mehr der Fall. Das wiege schwer, da an dem Treffen sämtliche mächtigen Anrainerstaaten des Pazifik teilnähmen, insbesondere China, die USA und Russland. Washington misst der Entwicklung rings um den Pazifik mittlerweile eine vorrangige weltpolitische Bedeutung bei. Die US-Außenministerin hat vergangene Woche das laufende Jahrhundert öffentlich zum "pazifischen Jahrhundert" erklärt: Die "Zukunft der Politik" werde "in Asien entschieden", heißt es in einem Namensartikel von Hillary Clinton, der in einem prominenten US-amerikanischen Außenpolitik-Magazin erschienen ist. Die operative US-Politik bestätigt diese Perspektive: US-Verteidigungsminister Panetta hat unlängst stärkere Aktivitäten der USA in Asien angekündigt, US-Präsident Obama teilt mit, US-Eliteeinheiten würden nächstes Jahr in Australien stationiert. Berlin und Brüssel kämpfen gegen Einflussverluste in Südostasien an; die Bundesrepublik beteiligt sich an der Aufrüstung von Pazifik-Anrainern gegen China.

Brüsk abgewiesen

Mit erheblichem Unmut wird in Berlin der Ausschluss von EU-Beobachtern vom Ostasiatischen Gipfel an diesem Wochenende registriert. Beim Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) am vergangenen Wochenende, einer Zusammenkunft von Pazifik-Anrainern in Ost- und Südostasien, in Nord- und Südamerika sowie Australien und Neuseeland, hätten "immerhin noch EU-Beobachter das Geschehen verfolgen" dürfen, auch wenn "eher über als mit Europa" diskutiert worden sei. Nun drohe es "in diesem Ton" weiterzugehen. Das wiege schwer, da der Ostasiatische Gipfel nicht - wie APEC - auf ökonomische Themen beschränkt sei, sondern prinzipiell auch Fragen von erheblicher weltpolitischer Bedeutung behandeln könne. Mit den USA und China sind bei dem Treffen die beiden wohl stärksten Mächte der kommenden Jahrzehnte präsent, außerdem mehrere wirtschaftlich führende (Japan) oder aber aufstrebende (Südkorea, Indonesien) Staaten der Region. "Entsprechend zähneknirschend berichten europäische Diplomaten, dass Brüssels Bitte um Mitwirkung geradezu brüsk abgewiesen wurde", heißt es in der Presse: Es werde "von einer Ohrfeige" gesprochen.[1] Die Pazifik-Anrainerstaaten wollten offenbar "den alten Kontinent nicht dabeihaben".

Substanzielle Investitionen

Dem Ausschluss der EU vom Ostasiatischen Gipfel kommt umso größere Bedeutung zu, als Washington soeben öffentlich ein "pazifisches Jahrhundert" ausgerufen hat. "Amerikas pazifisches Jahrhundert" lautet der Titel eines Namensartikels der US-Außenministerin, der vergangene Woche in der Außenpolitik-Zeitschrift Foreign Policy erschienen ist. Darin heißt es, nach dem Beginn der Rückzüge aus Irak und Afghanistan stünden die Vereinigten Staaten an einem Wendepunkt: In den nächsten zehn Jahren werde "eine der wichtigsten Aufgaben amerikanischer Staatskunst" darin bestehen, "substanziell erweiterte Investitionen diplomatische, ökonomische, strategische und andere - in der Asien-Pazifik-Region" zu tätigen.[2] Europa werde weiterhin ein wichtiger Partner bleiben. Die zentralen Herausforderungen würden jedoch rings um den Pazifik entstehen - ein deutlicher Hinweis auf künftige Konflikte mit der Volksrepublik China. Der Artikel soll der neuen US-Strategie breiteren Rückhalt in der Öffentlichkeit verschaffen.[3]

Ein Wendepunkt

Tatsächlich bauen die Vereinigten Staaten ihre Aktivitäten rings um den Pazifik massiv aus - und bemühen sich, die dortigen Länder gegen die Volksrepublik China in Stellung zu bringen. Bereits Ende Oktober hat US-Verteidigungsminister Leon Panetta Japan und Südkorea besucht und dort eine weitere Intensivierung der Kooperation angekündigt. Mit dem Rückzug aus dem Irak sowie dem beginnenden Rückzug aus Afghanistan befinde sich das US-Militär "an einem Wendepunkt", erklärte Panetta; Washington werde sich künftig stärker auf Asien konzentrieren.[4] Während die US-Regierung eine Kürzung des Pentagon-Etats angekündigt hat, sollen die Gelder, die den militärischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten rings um den Pazifik dienen, nicht angetastet werden. Am Mittwoch hat US-Präsident Barack Obama in Australien mitgeteilt, die Präsenz des US-Militärs dort werde ausgebaut. Bis Mitte des kommenden Jahres sollen bis zu 2.500 Soldaten, darunter Eliteeinheiten, nach Darwin im Norden Australiens verlegt werden. Sie würden alle sechs Monate rotieren und könnten binnen kürzester Zeit eingesetzt werden, heißt es in Washington. Dass sich die US-Militärpolitik rings um den Pazifik vor allem gegen die Volksrepublik China richtet, ist in Asien unbestritten.

Neue Achse

In Deutschland wird mit Besorgnis registriert, dass einerseits die US-Aktivitäten am Pazifik die Bedeutung Europas für Washington relativieren, andererseits zugleich der eigene Einfluss in der Region schrumpft. Aufmerksam berichtet die

Presse etwa über die Einschätzung des "Wall Street Journal", die US-Asienstrategie verlege "die Achse von Europa in die asiatisch-pazifische Boom-Region".[5] Die EU verhalte sich "genau spiegelverkehrt", heißt es - ihre "Bedeutung in der Region" sei zur Zeit "auf dem Tiefpunkt". Angesichts der Euro-Krise "schreibt und spricht die politische und wirtschaftliche Elite der Region über Europa wie über einen kranken Mann", ist in einem aktuellen Bericht zu lesen: "Europäer, die in asiatischen Hauptstädten leben, berichten, dass kaum noch ein Gespräch vergehe, ohne dass sie auf die Krise in ihren Heimatländern angesprochen würden." Manche Diplomaten reagierten "auf das 'Europa-Bashing' schon gereizt." Ein Botschafter wird mit den Worten zitiert: "Ich kann dieses ständige Herunterreden nicht mehr hören. So schlecht sind wir doch auch nicht!"[6]

Nichts im Gepäck

Berlin bemüht sich, EU-Aktivitäten vor allem in Südostasien zu forcieren, und treibt zugleich die eigene nationale Einflussarbeit am Pazifik voran. Am Rande des G20-Gipfels am 4. November in Cannes führten EU-Kommissionspräsident Barroso und EU-Ratspräsident van Rompuy Gespräche mit dem indonesischen Staatspräsidenten über ein Freihandelsabkommen, das die wirtschaftlichen Beziehungen der EU zu Südostasien stärken soll. Identische Verhandlungen werden mit Singapur geführt.[7] Allerdings sind sie nur ein dürrer Ersatz für das eigentlich geplante Freihandelsabkommen der EU mit dem südostasiatischen Staatenbündnis ASEAN, das 2009 gescheitert ist. Erst kürzlich hat die deutsche Kanzlerin mit einer Reise nach Vietnam das Interesse Berlins verdeutlicht, in der Asien-Pazifik-Region größeren Einfluss aufzubauen.[8] Anfang Juni hat der Berliner Außenminister Australien besucht - und dort mit einem neuen Kooperationsabkommen die bilaterale Zusammenarbeit verstärkt.[9] Allerdings muss Berlin bei seinen Bemühungen bislang ungewohnte Reaktionen zur Kenntnis nehmen. Als Westerwelle im Frühjahr Indonesien bereisen wollte, wurde er von der dortigen Regierung ausgeladen - weil er "nichts im Gepäck" gehabt habe, was für Jakarta "von Interesse" gewesen sei, war hinterher in Berlin zu hören. Die neue Bedeutung, die die Asien-Pazifik-Region ökonomisch, aber aufgrund der gegen China gerichteten US-Politik auch politisch erhält, erschwert es der Bundesregierung, ihre gewohnte Herrschaftsperspektive in der Praxis zu realisieren.

Wettrüsten

Dabei beteiligt sich Berlin trotz aller Versuche, eine eigenständige Einflusspolitik zu entfalten, auch an den Bestrebungen Washingtons, ein auch militärisch fundiertes Bündnis gegen die Volksrepublik China aufzubauen. So nehmen die deutschen Rüstungsexporte in die Region deutlich zu; Südkorea etwa stand im Jahr 2008 auf Platz eins der Rangliste deutscher Rüstungsabnehmer - mit Liefergenehmigungen im Wert von mehr als 1,9 Milliarden Euro, darunter nicht nur U-Boote sowie Marineausrüstung, sondern auch Teile für Panzer und Flugabwehrraketensysteme.[10] Marinekreise fordern, Berlin müsse die deutsche Marine hochrüsten und sich damit auch offen gegenüber China positionieren.[11] Gegen die Perspektive, an der Seite Washingtons in harte Konflikte mit Beijing zu geraten, ruft auch im außenpolitischen Establishment Berlins ernste Besorgnis hervor (german-foreign-policy.com berichtete [12]). Zumindest die Praxis der Rüstungsexportgenehmigungen der Bundesregierung bereitet tatsächlich künftigen - auch militärischen - Konflikten den Boden.

[1] Wir müssen draußen bleiben; Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.2011

[2], [3] Hillary Clinton: America's Pacific Century; Foreign Policy 11/2011

[4] Panetta: US Military at 'turning point' as wars wind down, will refocus more on Asia; The Washington Post 25.10.2011

[5] Amerika startet das Projekt Pazifik; www.spiegel.de 17.11.2011

[6] Wir müssen draußen bleiben; Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.11.2011

[7] s. dazu [Offensiven gegen China \(III\)](#)

[8] s. dazu [Verbündete gegen Beijing \(I\)](#)

[9] s. auch [Kriegsstrategien \(II\)](#)

[10] s. dazu [Asiatische Gipfeltage](#)

[11] s. dazu [Wettrüsten auf See](#)

[12] s. dazu [Europas Abstieg \(III\)](#) und [Gestalten statt verhindern](#)